

Apeten
ünstig. Preisen
abzugeben.
ein 81
oppelt gekocht
ill. Tagespreise
Bohlmann
rtumstraße 4
Fernruf 826.

osse Posten
ngelisch.
sang-
ücher
gekommen,
hafte und vor-
edereinbände,
Auswahl und
günstige Preise.
me wird gratis
gedruckt.
meltheische
buchhandlung
Bochum
Marktstraße 31,
Telefon 3988.

Uhr-
oldschmiede
paraturen
elstein
straße 18.

zum
enkönig
Gr. Beckstr. 13.
Halsgasse an Platz
werden d. ganze
heit, Anfertigung
arbeiten, auch v
stimmten Haaren.
Hochstetter,
P. R. Bochum 1911

axis
36.
Zahnersag.
um.

! alte künstliche
ife
am Mittwoch
24.11.1922. Braut.
unterbrochen
bend.

Rumland.
bgabe
Der Preis de
Dulle.
auerei A. G.

KRO
h sein!

länger
E dortmund.

Bochumer Zeitung

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dübbersbergstr. 11, Fernsprecher 125. - Postfach 1010 Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Dübbersbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 30.- M., durch
die Post bezogen vierteljährlich 80.- M., monatlich 30.- M., frei
nach. - Erhalten an allen Postämtern morgens. - Für inner-
land. Einschreibungen der Schriftleitung von 11-12 Uhr vorm.
beizufügen. - Sperrstunden der Schriftleitung von 11-12 Uhr vorm.
und 6-8 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch
Krieg oder Streik verurteilt, erlischt jede Verpflichtung auf
Lieferung und Zeitung von Schadenersatz. - Kostenloser Unfall-
versicherung von 300 M. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 W. Familienangelei-
gen 10 W. Stellengesuche 60 W., außerhalb 1.- M., für 1 mm Höhe
und 33 mm Spaltenbreite, im Restgebiet 7 mm Spaltenbreite, für
1 mm Höhe 4.- M., für die Aufnahme von Anzeigen an vorge-
zeichneten Tagen und Wochen wird keine Gewähr übernommen.
Belegabgabe nach Vereinbarung. - Bei unangewandter Be-
treibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Kon-
tursfällen wird der bewilligte Rabatt infällig. - Annahme
schluß von Anzeigen abends 7 Uhr. Für größere nachmittags 4 Uhr.

Zum Besuch der Wiener Säng- er in Berlin.

Von unserem Berliner Vertreter.
Der nicht zu unterschätzende, außen- wie innen-
politische Wert der bedeutenden Rede des Innen-
ministers Dr. Koser bei dem Empfang der
Wiener Säng-er in Berlin liegt darin, daß kaum
anzunehmen ist, daß Dr. Koser hier eine Ent-
scheidung auf eigene Faust gefaßt hat; er wird sich
sicherlich mit dem Reichskanzler darüber ver-
ständigt haben, und das gibt seiner Rede eine Be-
deutung, die die Reichsregierung sich jetzt end-
lich darauf besinnt und es vor aller Welt offen
auszusprechen mag, wie Deutschland in der scham-
losen Weise in Versailles betrogen worden ist,
wie wir auf die feierlichsten Versprechungen hin
die Waffen niedergelegt haben und dann, nach-
dem wir wehrlos waren, beraubt wurden.
Es ist allerhöchste Zeit, daß unsere Gegner sich
an unsere Ehre erinnern, daß ihnen immer noch
der ins Gewissen gehämmert wird, wie vor-
rätig sie gewesen sind. Und es ist vielleicht
kaum ein Zufall, daß nachdem durch den Eisner-
Prozeß wieder einmal artemisia nachgewiesen wor-
den ist, wie innerlich gelogen die Lüge von
der deutschen Schuld am Kriege ist, jetzt die deutsche
Regierung den Spieß umdreht und Anklage er-
hebt gegen die feige Entente.
Allerdings ist von antiker Stelle viel nach-
zuholen; mehr als in den nächsten Jahren wohl
überhaupt gutgemacht werden kann. Die deutsche
Reaktion hat in ihrer Geburtsstunde zwei Re-
bellen begangen. Sie hat das deutsche Volk nach
Haufe gefaßt, trotz aller Warnungen, weil an-
geblüht eine sozialistische Regierung sich nicht auf
Bajonette stützen könnte, und hatte deshalb nichts
mehr in der Hand, um sich gegen die Unterwerfung
von Versailles zu wehren. Sie hat zum anderen
die Vereinigung mit Deutschland, die uns nach
dem Grundgesetz der Selbstbestimmung nicht ge-
wahrt werden konnte, hintangehalten, weil den so-
zialdemokratischen Volkskämpfern der Mut
zur Verantwortlichkeit fehlte.
Was damals von oben her nicht geschaffen wor-
den ist, muß jetzt von unten geschaffen werden.
Es gilt Tausende von einzelnen Helden über die
Grenze hinwegzuführen, bis sie schließlich auf einer
Reihe werden, fest und unerschütterlich, um allen
Verlockungen widerstehen zu können. Denn drü-
ben war die Entführung über Deutschlands Mut-
losigkeit groß. Die Schwarz-Weissen wagten sich an
die Oberfläche, die von dem Aufgehen im deut-
schen Reich für sich persönlich Nachteile be-
fürchteten und predigten, daß die Selbstbestimmung
oder Anstich an die Donauüberfahrt, die unter
französischem Schutz eine Rekonstruktion der Habs-
burger Monarchie werden konnte, die ebenfalls
das endgültige Aufheben des Reiches zur Folge
haben müßte. Dagegen kann nur die Stimme des
Volkes sein, die sich, genau wie in den Jahren
nach 1815 vor Trümpfen und Schaltern des na-
tionalen Gedankens machen muß. - Säng-er, Tu-
nerer und Schläger haben bis 1870 den Glau-
ben an die deutsche Einheit hochgehalten; sie sol-
len auch jetzt heilbar und hinüber über die Grenze
sich finden, sollen Deutsche zu Deutschen ge-
hen, sollen die deutsche Sprache sprechen, so wie
die Grenzpfähle aus der Erde reihen und die deut-
schen Fragen, die für das Schicksal Deutschlands
im vergangenen Jahrhundert bestimmend waren,
endgültig lösen.

Mar Warburg über die deutsche Finanznot.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der
Deutschen Industrie in Hamburg sprach Mar
Warburg, wie bekannt, über das deutsche und
internationale Finanzproblem nach Genau.
Die Konferenz von Genau bedeutet in der Finanz-
frage gewiß einen Fortschritt gegenüber den frühe-
ren Verhandlungen, die mehr und mehr die
Sachverständigen geblieben waren; da sich jetzt auch
Regierungsvertreter zu den Grundfragen dieser
Sachverständigen bekannt haben, dürfte man hoffen,
daß diese Grundfragen auch befolgt werden. Auch
weiterhin sei die Zusammenarbeit von Politikern
und Finanzfachverständigen notwendig. Stets sei die
Sachlage, daß wir immer unter Wirtschaftsinne-
ren in Ordnung halten. Gerechtigkeit müsse man
bedenken, daß wir uns in einer Liebesgangs-
zeit befinden, und abgesehen von der Goldbilanz
für den eigenen internen Gebrauch müßten wir vor-
sichtig alles vermeiden, was die Mark in Deutsch-
land noch mehr devaluiert. Erst wenn die
Neubewertung der Mark
gefunden wäre, könne eine neue Bilanz an Hand
des neuen Markwertes ausgestellt werden. Man
könne noch nicht sagen, ob man später anstelle der
jetzigen Markwerta eine Markwerta aus-
führen müsse oder eine Goldwerta. Solange wir
mit außenpolitischen Zahlungen überlastet wären,
sei es unmöglich, irgend eine stabile Werta zu
schaffen, und die Schaffung einer gefunden Werta
würde die größte Bewehrung hervorgerufen. Der
Staat müsse aber auch Maßnahmen vermeiden, die
dazu führen, ausländische Werten im inneren
Verkehr einzubürgern, wie es durch die Vorschriften
der Außenhandelsstellen geschehe. Ganz unglücklich
sei die beschlossene Werta der Werta, die nicht
möglich sei, ohne daß gleichzeitig der Ex-
port sehr stark eingeschränkt werde. Außer-
dem trage der Staat durch den Werta die Werta
in ausländischer Werta dazu bei, am ausländischen
und inländischen Markt die Mark als Zahlungs-
mittel zu entwerfen. Es sei eine
Selbstkürzung,
zu glauben, daß mit der Exportbeschränkung
eine Schonung unserer Werta verbunden sei. So-
lange die Mark schwache, sei größtmögliche Stüt-
zung des Marktes für die Devisenlieferung die beste
Hilfe. Die beschlossene Konferenz der Noten-
banken werde hoffentlich dazu beitragen, die Noten-
banken einander zu nähern, und die Gemein-
schaft der Aufgaben auf dem Wertagebiet müsse
dazu führen, daß die Notenbanken gewisse gleich-
artige Grundzüge für die Konstruktion der Noten-
banken, z. B. den Anfall von Werta, auf-
stellen und Vereinbarungen über Werta zum
Ausgleich aller möglicher Schwankungen auf dem
Wertaemarkt treffen. Wie auch die Werta sich
gestalte, wir müßten uns auf eine große Geld-
in app e einstellen.

Bedürfnisse ausländischer Staaten. Angesichts des
ungeheuren Geld- und Steuerbedarfes des Reiches
und des damit verbundenen Rückgangs in der Kap-
italbildung besteht die Gefahr, mehr und mehr in
finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit vom
Auslande zu geraten. Sind wir gezwungen, aus-
ländisches Geld in großem Maße nach Deutschland
zu ziehen, um die deutsche Produktion auf der
Höhe halten zu können, so ist die erste Frage, ob
wir trotz der schwierigen Lage, in der wir uns be-
finden, kreditfähig erscheinen. Mit Recht werde der
ausländische Geldgeber verlangen, daß die Gelder
produktiv angelegt werden.
Der Redner ging alsdann näher auf die
Formen der Kapitalbeschaffung
durch Ausgabe von jungen Werten, für die in der
Regel ein den inneren Werten entsprechendes Ag-
eriat werden sollte, auf Vorkaufsaktien, Arbeiter-
aktien, Obligationen mit und ohne Gewinnbeteiligung
ein. Der deutschen Industrie gegenüber würde
sich für das Ausland sowohl der Kredit als auch
die Kapitalbeteiligung rechtfertigen, wenn Deutsch-
land politisch Ruhe bekomme und die finanzielle
Bilanz auf ein erträgliches Maß reduziert werde.
Für eine völlige Aufhebung über eine
Revision des Vertrages von Versailles
sei die heutige Atmosphäre noch nicht reif. Um
Nägel einzuhammern, um eine Werta zu ge-
winnen, müsse man zunächst versuchen, eine in-
ternationale Anleihe zu bekommen, damit uns die
Möglichkeit gegeben werde, vielleicht nach fünf Jah-
ren eine ehrliche Bilanz zu machen und für die Re-
parationszahlungen Summen zu normieren, die der
alsdann vorhandenen Vermögensfähigkeit entsprächen.
Die internationale Anleihe werde nur möglich sein,
wenn sie eine klare Sicherheit erhalte. Die Sicher-
heit könne nur darin bestehen, daß die erste Hypo-
thek, die auf Grund des Vertrages von Versailles den
alliierten Ländern auf das gesamte Eigentum des
deutschen Reiches und der deutschen Länder aufsteht,
für die Anleihe gegeben wird, und hierzu muß die
Kommission der Reparations- und Werta geben.
Die Anleihe müsse eine Laufzeit von 20 bis 30
Jahren haben und die ausländischen Staats- und
Notenbanken müßten sich bereit erklären, die deut-
sche internationale Anleihe zu lombardieren. Um
die Anleihe selbst zu gestalten, müßten zu der
Sicherheit noch Steuerprivilegien hinzukommen.
Wenn wir untereinstimmen zu einer Verbesserung der
europäischen Verhältnisse kommen, zu einem
Wartfrieden,
dann werde Deutschland seine Mission im Her-
zen Europas wieder aufnehmen und in richtiger
Würdigung der Tatsache, daß es den Krieg verloren
habe, im Rahmen des Möglichen auch dazu bei-
tragen, die Wunden zu heilen, die der Krieg den
Siegerstaaten geschnitten habe. Unsere Selbstachtung
müßte wir nur dann verlieren, wenn wir in den
kommenden schweren Jahren vertragen wollten an
der Zukunft des Vaterlandes.

Die Aufklärungsarbeit des Bochumer „Volksblattes“.

In Bochum findet bekanntlich im Saalbau zum
Römer, Alleestraße 26, vom 17. bis 27. Mai
eine höchst lehrreiche und sehenswerte Ausstellung
über den Vertrag von Versailles statt. Der
politisch völlig neutrale Zuschauer, dem diese Ver-
anstaltung unterstellt ist, steht unter Leitung des
Herrn Dr. Nebeling-Bochum. Der Zweck der Aus-
stellung ist die geradezu möderische Wirkung dieses
Vertrages von Versailles in Herz und Sinn
eines jeden Deutschen einzuhämmern. Der Allge-
meinheit des deutschen Volkes ist der wahre We-
sensgehalt, die fürchterliche Wirkung dieses Ver-
trages der Entente noch viel zu wenig bekannt.
Das Bestreben also, losgerissen von jeder partei-
politischen Anschauung, das Wesen dieses Frie-
densvertrages von Versailles, unter dem ein jeder
Deutscher so schwer zu leiden hat, der Allgemeinheit
in seiner ganzen nackten, erschütternden Wirkung
näher zu bringen, muß ganz besonders in den
letzten hochbetagten Seiten, durchaus als eine
wohlangeordnete und höchst notwendige Volksauf-
klärung betrachtet werden.

Auf dieser Ausstellung: Der Friedensvertrag,
werden nun fast täglich kleinere Vorträge über
Themen, die mit demselben zusammenhängen, ge-
halten, um die Teilnehmer zu belehren, gehalten. Die
Redner dieser Vorträge sind teils politisch neutral,
teils den verschiedensten Parteien entnommen. Die
Eröffnungsveranstaltung, die am 17. Mai statt-
fand und über die wir bereits in dem letzten
Nummer unserer Tageschronik berichtet, war in
einer etwas größeren und feierlicheren Form auf-
geboten, zu einer öffentlichen Kundgebung aus-
gebaut und dieser Kundgebung in den geräum-
reichen Saal des „Bochumer Hofes“ verlegt wor-
den. Für diese Kundgebung war neben dem ein-
leitenden Vortrage des Herrn Dr. Nebeling der
Bochumer Rarier Hartwich für einen Vortrag
über das Thema: „Wer trägt die Schuld am
Kriege?“ gewonnen worden. Dieser die Verantwor-
tung selbst haben wir, wie bereits erwähnt, in
dem letzten Nummer der Tageschronik berichtet.

Es muß nochmals ausdrücklich betont werden,
daß die gesamte Veranstaltung und mit ihr auch der
am 17. Mai gehaltene Vortrag des Bochumer Rarier
Hartwich trägt einen völlig parteipolitisch neutra-
len Charakter, ist nur der Aufklärung der breiten
Massen über die geradezu fürchterliche Wirkung
des Friedensvertrages von Versailles gewidmet. Diese
Feststellung muß uns so nachdrücklich hervorheben
werden, weil die Wertfreiheitserklärung dieses
Vertrages, nämlich die deutsche Unterwerfung unter
dieses Vertragsinstrument, sich unter Begehung
känden abgelehnt hat, die leider nicht ganz frei
von parteipolitischen Machenschaften waren. Es
ist für eine öffentliche Bewertung dieser überaus
notwendigen Aufklärungsarbeit höchst gleichgültig,
welcher persönlichen parteipolitischen Einstellung
Hartwich-Bochumer zuneigt. Tatsache ist und
bleibt, daß seine Ausführungen sich lediglich in
dem Rahmen einer Aufklärung über den Friedens-
vertrag von Versailles bewegen, allerdings über
das Wesensmerkmal dieses Vertrags, über die so-
genannte Schuldfrage.

Am Schluß dieser Kundgebung am 17. Mai
im „Bochumer Hof“ hat sich nun ein recht eigen-
artiger Zwischenfall ereignet. Ein parteipolitisch
nach sozialistisch eingestellter Zeitgenosse Bochums,
der über seine parteipolitische Einstellung hinaus
noch den Ruf in sich trägt, für die frankophilen,
völkischen Ideen eines Gemüts von Verfall
zu wirken, führte sich veranlaßt, in einer recht un-
schönen Weise, die in diesen politischen Kreisen
zur Lebensart zu gehören scheint, den Nachweis zu
führen, daß Deutschland bei der großen Messer-
schere von 1914 den ersten Stich tat. Auch
sonst brachte dieser edle Zeitgenosse bei seiner
verkümmerten Schwärmerie für „Völkerverbrüderung
und Völkerverbrüderung“ noch eine ganze Reihe
recht niedlicher Deutschbekenntnisse an den Mann,
so daß, daß der Dokumentenfälscher Eisner,
dessen Taten der französische Sachverständige
Professor Edward Dujardin die Betrügereien
eines Eschobar nennt, aus den edelsten Motiven
heraus gebandelt habe.

Angesichts der Notlage, in der sich das ge-
samte deutsche Volk unter den fürchterlichen Wir-
kungen dieses Vertragsinstrumentes befindet, angesichts
des Umstandes, daß sich jetzt fast überall mit
Ausnahme von Frankreich eine Regun-
gen bemerkbar machen, dieses Sach- und Werta-
bistat von Versailles zu „revidieren“, kann man
es wohl verständlich und begreiflich finden, daß

Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

hat ähnlich wie im Wahrschein Landtage dieser Tage
beschlossen, und zwar auf Antrag der Abgeord-
neten Dr. Frhr. von Lersner, von Schoch und Dr.
Beder, an die Regierung eine Interpellation zu
richten, die folgenden Wortlaut hat:
„Die Verhandlungen im Münchener Prozeß
Cohmann-Begensbach haben ein überwältigendes
Material gegen die Legende erbracht, daß Deutsch-
land den Weltkrieg verschuldet hat. Sie haben
festgestellt, daß der von der bayerischen Gesand-
schaft in Berlin stammende Bericht aus den
letzten Tagen vor Kriegsausbruch durch eine
Reihe von Streichungen seinem Sinne nach voll-
kommen entstellt wurde. Dieser Bericht ist eine
der Hauptgrundlagen für die Behauptung von
der deutschen Schuld am Kriege und wurde ins-
besondere auch bei den Versailles Friedensver-
handlungen von der Entente als Schuldbekennt-
nis Deutschlands angesehen und verwertet. In
den Gerichtsverhandlungen wurde durch zahlreiche
inländische und schriftliche Gutachten namhafter
Geschlechter der In- und Auslandes der 1918 ver-
fälschte Gesandtschaftsbericht als Fälschung be-
zeichnet. Der Pariser Professor der Geschichte,
Edouard Dujardin, hat hierbei sein Urteil dahin
zusammengefaßt, daß der veröffentlichte Text
„eine der offensten und rücksichtslosesten Fäl-
schungen der Geschichte“ ist. Unter dem Druck
des Wertaumaterials hat selbst der Reichskanzler
Begensbach sowie sein Nachfolger erklärt, daß
die Behauptung „von Deutschlands Mitschuld
am Kriege“ nicht mehr aufrecht zu erhalten sei.
Wir fragen an: Ist die Reichsregierung be-
reit, 1. jenen Gerichtsverhandlungen im In-
und Ausland die weiteste Verbreitung zu ge-
hen? 2. alle Schritte zu unternehmen, um,
gestützt auf die Feststellung, daß die „Grund-
lage des Versailles Friedensvertrages“ die Be-
hauptung schon durch das bereits veröffentlichte
erdrückende in- und ausländische Werta-
objektive Unrichtigkeit nachgewiesen ist, eine Ab-
änderung des Vertrages von Versailles herbeizu-
führen?“

Die deutsche Anleihe.

W. Berlin, 23. Mai. Die Beratungen des Reichs-
kabinetts über die Genuefer Konferenz, die Ver-
handlungen des Reichsfinanzministers in Paris und
die bevorstehenden Anleiheverhandlungen wurden
den ganzen Abend fortgesetzt und werden morgen
vormittag weitergeführt werden. Laut „Germania“
rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit der
Möglichkeit, daß eine Verhinderung der Anleihe-
katzers und des Ministers des Inneren an die
Fraktionen noch im Laufe des heutigen Tages er-
folgen werden. In diesem Fall würde das
Zusammentreten des Auswärtigen
Aussschusses am Mittwoch möglich sein.
Die ganze Aussprache über die Genuefer Konferenz
im Plenum des Reichstages sei günstigen Falles
Ende d. d. f. Woche zu erwarten.

Mehrere Blättermeldungen aus Paris zufolge
nehmen die Besprechungen von Dr. Hermes mit
der Reparationskommission einen günstigen
Verlauf. So sagte nach einer Meldung der
„Wirtschaftlichen Zeitung“ der italienische Delegierte in
der Reparationskommission, er sei davon überzeugt,
daß eine Einigung zwischen Deutschland und
der Kommission zustande kommen werde.

W. London, 23. Mai. Laut „Evening Standard“
sehen die hiesigen Finanzkreise dem Ergebnis der
Beratungen der Untersuchungskommission der
Reparationskommission zur Erwägung der Frage,
der Gewährung einer Anleihe an Deutschland mit
ungetrübtem Interesse entgegen. Wenn

Die Sanktionsgefahr beseitigt.

Der Pariser „Zentralpost“ schreibt: Es
scheint festzustehen, daß die offiziellen Vorschläge,
die Hermes bis jetzt gemacht hat, von der Wieder-
herstellungskommission mit gewissen Veränderungen
als so zufriedenstellend angesehen würden, daß
Hermes seine offiziellen Vorschläge unterbreiten
könne. Demnach wäre also die Gefahr von Sank-
tionen für den 31. Mai als endgültig beseitigt an-
zusehen.

In London hielt der Unionistenführer Bonar
Law bei dem Bankett der vereinigten englisch-
französischen Ausschüsse eine Rede, in der er u. a.
ausführte:

Wenn die Entente fortbestehen soll, so muß
auf beiden Seiten nicht nur Sympathie, sondern
volle Uebereinstimmung aller Gedanken, Gefühle
und Hoffnungen herrschen. Bonar Law bezog sich
dann auf einen Brief Woinars über das Vor-
gehen der Verbündeten, falls Deutschland bis zum
31. Mai die vorgeschriebenen Bedingungen nicht
erfüllt habe. Mit Bezug hierauf erklärte er: Es
war überraschend festzustellen, daß auf Grund des
Vertrages von Versailles einer der Verbündeten
das Recht haben will, das Ausgebeutete zu belegen.
Es könnte für Frankreich oder England kein grö-
ßeres Unglück eintreten, als wenn dieser Fall mit
seinen Folgen wirklich durchgeführt werden sollte,
und es ist sehr zu hoffen, daß dies nicht der Fall
sein wird.

Die nächste
Ballons Luft
fordern nahm
1. Ein über
schienen aber
unregelmäßige
Ende von der
ben „2. 1. 14
2. Pauline
Iephongespräch
Unbekannt
3. Ein Fe
Zigarrette.
4. Ein dwo
5. Ein dwo
6. Zeugen
aus dem W
zwischen 16.
dessen Unkun
7. Coqnap
Ich von diese
8. Zeugen
an der Garte
9. Zeugen
bestellen Das
10. Mächtl
der Villa am
Als der A
durchs, fand
die schätzba
nur gerabzu
fache auszum
Abfuhung des
würde, wenn
würde.

Himmelfahrt 1922.

Der verlebte König Friedrich, dessen Leben eine Passion war, wie sie wenig Menschen haben durchmachen müssen, verbot im Jahre 1778 für sein Land die Feiern des Himmelfahrtstages. Der alte Westfälische hatte keinen Sinn für den Diktismus dieses Festes. Als Steinfurth stand er dem Bedürfnis des Volkes, sich an hohen Tagen in gemeinsamer Freude dem Leben in die Arme zu werfen, mit Verachtung gegenüber. Er, der als Kind der Aufklärung und des Rationalismus nie innige Beziehungen zur Natur, zum Rhythmus der Jahreszeiten gehabt hatte, verstand nicht mehr den Zusammenhang, den dieser vom Volk ausgelassen und mit fröhlich-humorvollen Spielen begangene Festtag mit dem Frühling, dem Blütenjubiläum der gesamten Natur hatte. So hatte Preußen bis zum Jahre 1787 keinen Himmelfahrtstag mehr, in welchem Jahre ihn Friedrichs Nachfolger wieder einführt. Seitdem ist dieses Fest immer mehr ein Fest der Freude und wieder ein Volksfest geworden, das es früher war, wenn auch die guten alten heidnisch-christlichen Bräute in den Großstädten und Städten nur noch in rückständigen Kreisen vorhanden sind.

Dabei war das Recht, in diesen trüben Zeiten ein solches Fest zu feiern? Ist es nicht frevel, zu feiern und zu jubelnden, wenn Tausende sterben, wenn Millionen hungern, wenn dieser ganze Planet, den wir so stolz „die Welt“ nennen, aus den Fugen ist, wenn Untertun und Gefährlichkeit alle Vernunft, die neu aufbauen möchte, immer wieder lähmt und zerstört... Fast möchte es so scheinen, und man möchte an dem Feiertage sich vorbeistehlen, ohne großes Aufheben davon zu machen, möchte sich still einschlafen und sich fernhalten von den andern. Doch überlegt man recht: Ist das nicht tödlich und Schwachheit? Gibt es nicht gerade, ein Fest zu betonen, in dem der Lebensweg des Heilands seinen fleischlichen Abschluss fand? Enthält nicht diese Himmelfahrt, dieser letzter Triumph die ganze Passion noch einmal Erinnerungstafel in sich? Ist dieser Feiertag nicht ein Versprechen? — Das Versprechen, daß jedes Durchleben, jedes geistliche Wollen und Wohlbefinden seinen Lohn und seine Früchte erhält? ... und heißt dieses Fest feiern nicht den Glauben an das kommende Reich, an das Reich des Heiligen Geistes bezeugen? ...

Wer möchte diese Fragen mit Nein beantworten? Wir dürfen nicht vor der Freude fliehen. Die große Mutter Natur, mag sie dies Jahr auch ein wenig mißgestimmt erscheinen, gibt uns ihr großes Vorbild. Blütenüberflutet stehen alle Bäume und Sträucher, und wie lange auch widrige Winde Wuchs und Stöße hemmen, unüberwindlich ist die Macht der Sonne. So müssen auch wir die Blüten dieses Jahresfestes uns anschauen und brechen. Aus der Freude, aus dem Ausstrahlen dieses Festes neue Kräfte schöpfen, d. h. das Fest recht feiern. Den Feiertag als Geschenk verstehen für unsere privaten Sorgen und Kummer, und mehr noch für die Passion unseres Volkes. Auch ihm muß eines Tages eine Luftfahrt beschieden sein, wenn es treu seiner menschlichen Mission nachgeht. Wären immer wieder Materialismus und rohe Macht vorübergehende Siege erringen, es sind nur Scheinsiege. Auf Himmelfahrt folgt Pfingsten. Und der Heilige Geist, den unsere Sehnsucht nach Höherem empfangen soll, wird doch den endgültigen Sieg davontragen. „Sursum corda! Hoch die Herzen!“ das war der alte Ruf, mit dem sich in früheren Zeiten die Bürger und Bürgerinnen untereinander begrüßten. Unter unparteiisch gewordenen Leitern hat solche Begrüßungsformeln verlernt. Aber wenn

Die kommunale Beitragspflicht der Arbeitgeber zum Kleinwohnungsbau.

II.
Schließlich ist die Heranziehung von Arbeitgebern zu Beiträgen für den Kleinwohnungsbau nur unter folgenden Voraussetzungen gesetzlich zulässig:
1. Es muß eine Wohnungsnot bereits hervorgetreten sein oder doch wenigstens drohen;
2. muß die hervorgerufene oder drohende Wohnungsnot Arbeitnehmer betreffen;
3. müssen die von der vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot betroffenen Arbeitnehmer bei Arbeitgebern tätig sein, von denen jeder mehr als 20 Arbeiter beschäftigt ist;
4. müssen diejenigen Arbeitgeber, die zu Beiträgen herangezogen werden sollen, Arbeitnehmer beschäftigen, die von der bestehenden oder drohenden Wohnungsnot betroffen werden;
5. muß es sich bei dem Bauvorhaben der Gemeinde um Kleinwohnungen handeln.
Liegen diese Voraussetzungen vor, haben die beteiligten Arbeitgeber das Recht, Einwendungen gegen die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit des Bauvorhabens in dem oben näher dargelegten Beschlußverfahren geltend zu machen. Hier wird namentlich zu beachten sein, daß Kleinwohnungsbau nicht identisch ist mit dem Errichten von Einfamilienhäusern. Bei der Frage der Angemessenheit des Bauvorhabens, zu dessen Kosten die Arbeitgeber beitragen sollen, wird insbesondere zu prüfen sein, ob die geplante Anzahl neuer Wohnungen sich im Rahmen dessen hält, was notwendig ist, um für den oben umgrenzten Kreis der Arbeitnehmer die bestehende oder drohende Wohnungsnot zu beheben.
An den Kosten eines über diesen Rahmen hinausgehenden Bauvorhabens der Gemeinde können die Arbeitgeber nicht beteiligt werden.
Unter den Kosten eines dem Umfang und der Ausführung nach angemessenen und zweckmäßigen Bauvorhabens sind nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift nur diejenigen Baukosten zu verstehen, die nach Abzug des durch die ortsüblichen Mieten verzinsten Zelles der Baukosten noch zu bedecken sind (sog. unrentierliche Baukosten). Die Beitragsleistung zur Deckung dieser Kosten ist nicht ledig-

lich in dem Sinne zu verstehen, daß die Arbeitgeber einmalige Beiträge zur Zusammenbringung des Baukapitals leisten. Das Bauvorhaben kann durch eine Anleihe oder Hypothek finanziert werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die beteiligten Arbeitgeber laufende Beiträge entrichten. Auf diesem Wege kann die Entziehung größerer Beitragskapitalien aus dem Gehalt des Arbeitgebers vermieden werden; eine Sicherstellung der laufenden Beiträge bis zur Tilgung der Anleihe oder Hypothekensumme wird sich im Wege der Verhandlung mit der Gemeinde in irgend einer Form ermöglichen lassen.

Eine Befreiung von der Beitragsleistung zum Kleinwohnungsbau ist nur in Form einer Soli- und nicht Mustervorschrift für diejenigen Arbeitgeber vorgesehen, die insbesondere nach dem 1. Januar 1919 bereits selbst zum Bau von Wohnungen für ihre Arbeitnehmer aus eigenen Mitteln in angemessenem Verhältnis zur Zahl ihrer Arbeitnehmer beigetragen haben.

Schließlich bringt die Novelle zum Kommunalabgabengesetz in diesem Zusammenhang den interessanten ersten gesetzgeberischen Versuch einer Steuergemeinschaft mit der kurzen Bestimmung: „Die Arbeitgeber können zu Beitragsleistungen verpflichtet werden.“ Es fehlt aber im Gesetz jeder Hinweis dahin, wer diese Beitragsleistungen anordnen kann und wie sie konstruiert werden soll.

Der Inhalt des ganzen neuen § 9a läßt sich, kurz zusammengefaßt, als ein Druckmittel bezeichnen, mit dem man auf Arbeitgeber nach der Richtung hin einwirken will, daß sie sich freiwillig bereit finden, zu der Behebung der Wohnungsnot beizutreten. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es: „Selbstverständlich empfiehlt es sich nicht für alle Gemeinden, den Weg des Zwangs gegenüber den Arbeitgebern zu betreten. Vielmehr wird es in den meisten Fällen vorzuziehen sein, durch friedliche gemeinsame Arbeit von Industrie und Gemeinde, den Wohnungsbau zu fördern.“

Wir am Himmelfahrtstage hinaustraten, hoffentlich in eine sonnenüberstrahlte Landschaft voll von Hell, Grün, frischem Braun der Schollen und schneeweißen Flecken fruchtbarer Dösbäume, dann wollen wir denen, die uns begegnen, wenigstens in den leuchtenden Augen diesen alten schönen Spruch lesen lassen, damit wir uns gegenseitig im Glauben an die Zukunft, an das Reich des Geistes, das kommen wird, stärken.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)
Bochum, 24. Mai.

a. Unterfütterungswesen der Reichs- und Telegaphenverwaltung. Nach dem nunmehr vom Reichstage verabschiedeten Haushaltsplan des Reichspostministeriums sind für Beamte der unteren Besoldungsgruppen 17 720 400 Mark, für Beamte der mittleren Besoldungsgruppen 10 733 850 Mark und für Beamte der höheren Gruppen 159 900 Mark Unterfütterungsmittel für das Jahr 1922 zur Verfügung gestellt worden. Zur Herstellung und Unterhaltung von Gemeindefunktionen sind Beihilfen in Höhe von 240 000 Mark vorgesehen; als Zuschuß zu den Krankenkassen für nicht-versicherungspflichtige Beamte des unteren Dienstes 12 655 000 Mark und an Vergütungen zur Förderung der Kleingartenwirtschaft 300 000 Mark. Der reichsgerichtliche Krankenkassenbeitrag der Postverwaltung an Beiträgen 23 500 000 Mark und an Beiträgen aus Anlaß der Invaliden- und Hinterbliebenen- sowie der Angestelltenversicherung 31 Millionen Mark. Für Beamte im Ruhestande und für Hinterbliebene von Beamten sind für Unterfütterung 9 Millionen Mark in Anschlag gebracht. An Zuschuß zu den Kleider-

kassen für Beschaffung der Dienstkleidung der Beamten des unteren Dienstes sieht der Haushaltsplan 36 330 000 Mark vor.

* Der Musikverein genötigt in seiner gestrigen außerordentlichen Generalversammlung eine Entschließung, die den Vorstand beauftragt, auf der Grundlage genau festgelegter Bedingungen mit der Stadt über eine Vermietung des neu zu gründenden Städtischen Chores mit dem Musikverein zu verhandeln. An der heutigen Probe zur 9. Symphonie befehloß der Chor, unerschrocken und unter Vorbehalt weiterer Entschließungen teilzunehmen.

* Auf einer Radtour verunglückt. Musikdirektor Rudolf Hoffmann, der in Battenberg bei einem Halbbruder sich zur Erholung aufhält, ist dortselbst am Donnerstag bei einer Radtour abgestürzt und hat einen Rippenbruch erlitten. Man hofft, daß er bis zum Säugerbundesfest, das er leiten soll, wieder hergestellt ist. Die Verletzten, die er abhalten sollte, muß freilich einer der anderen Chorleiter übernehmen.

* Die Bartholomäusfeier des Städt. Orchesters finden bei gutem Wetter wieder im Garten statt, und zwar Sonntags und Mittwochs nachmittags um 4 Uhr. Das erste Gartenkonzert ist morgen, Donnerstags (Christi Himmelfahrt), um 4 Uhr nachmittags unter Leitung von Konzeptsmeister Rudolf Boos. (Siehe Anzeige.)

* Stadttheater. Die Intendantin der vereinigten Bühnen hat bekanntlich Dr. Ludwig Wüllner dafür gewonnen, für die Dauer eines Monats in den Verband der Stadttheater zu treten, während welcher Zeit er in drei Inszenierungen: „König Lear“, „Hedwigs- und Heinrichs- und der Tod des Empedokles“ die tragenden Rollen spielen wird. Erstmals geht „König Lear“ unter der Regie von Richard Gellert am Donnerstag-Abend 6 1/2 Uhr in Szene. — In der heutigen Wiederholung, bei der im großen Saal aufgenommenen Märchenoper „Dobrotin“ singt die Titelfigur Karl Haas.

die Prinzessin Gertrud Stemann. — Am Samstag findet eine neue Veranstaltung des Bühnenteams statt. — Die Entschließung von „Hedwigs- und Heinrichs- und der Tod des Empedokles“ auf den 6. Juni angesetzt. — Am 1. Pfingstfesttag wird „Hedwigs- und Heinrichs- und der Tod des Empedokles“ gegeben.

a 43,6 fache Kosten der Ernährung. Im April 1920 betrugen die Kosten der Ernährung nach Angabe des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft das 11,2 fache und sind auf das 43,6 fache im April dieses Jahres gegenüber dem Frieden gestiegen. Über innerhalb der letzten vier Wochen sind die Preise noch weiter gestiegen, daß heute mit einer Steigerung um das 50 fache bestimmt gerechnet werden kann.

a Soziale Fürsorge der Eisenbahnverwaltung. An Unterfütterungen für Beamte der unteren Besoldungsgruppen sind im Reichshaushaltsplan der Eisenbahnverwaltung 43 605 000 Mark eingeplant worden, für Beamte der mittleren Besoldungsgruppen 16 050 000 Mark und für Beamte der höheren Gruppen 498 000 Mark. An Unterfütterungen für Beamte und deren Hinterbliebene sind 10 Millionen Mark und für Angestellte und Arbeiter 48 Millionen Mark eingeplant worden. Weiter steht der Etat vor an Kosten für bahnärztlichen Dienst 43 637 000 Mark, an Zuschüsse zu Krankenkassen der Arbeiter 464 Millionen Mark, an geleistete Kosten der Unfallversicherung 42 Millionen Mark, zur Förderung der Jugendpflege 569 000 Mark, an Beihilfen zur Beschäftigung und Unterfütterung von Gemeindefunktionen 263 000 Mark, zur Förderung der Viehzucht und Kleingartenwirtschaft 650 000 Mark und zur Fortbildung der Beamten 1 810 000 Mark. Die Gesamtsumme dieser Wohlfahrtsbeiträgen beläuft sich für das laufende Jahr auf rund 900 Millionen Mark. Hierzu kommen noch 350 Millionen Mark für die Errichtung bahnbezogener Wohnungen und zur Förderung des Eigenheimbaus für Eisenbahndienstleute.

* Die 10 000-Mark-Note. Die vor einiger Zeit gebrachte Meldung, daß die Reichsbank an die Ausgabe von 10 000 Mark Reichsbanknoten dachte, läßt sich heute. Schon in der nächsten Zeit werden die 210 mal 124 mm großen und auf weißem Papier gedruckten Scheine ausgegeben.

dra Sorge für die Hauptverkehrszeit. In der bevorstehenden Hauptverkehrszeit sind die Eisenbahn-Generaldirektionen und Direktionen bereits angewiesen, für eine glatte Abwicklung des Personenverkehrs zu sorgen. Zugführer und Schaffner sollen sich um die Unterbringung der Reisenden bemühen. Bei stark besetzten Zügen sind die Reisenden sofort nach dem Aussteigen des Zuges in die Wagen zu weichen, in denen noch Plätze frei sind. Auf den Zwischenstationen mit kurzem Aufenthalt soll schon vor dem Einlaufen des Zuges ungefähr die Stelle angegeben werden, wo die geeigneten Wagen halten. Mit Nachdruck soll für die Beachtung des Rauchverbots gesorgt werden. In den Zügen ist der Aufenthalt im

Du mußt nur wollen, ein vielgebrauchtes, oft wohlmeinend klingendes und doch viel öfter unheimliches Wort, weil es so oft an Kranke gerichtet wird, die eben dem Leben nicht fern sind! Man denke an die vielen Blutarmen und Blutschwachen, an die Nervenkranke und Körper-schwachen, die nach schwerem Kriegesleben, nach langen Darleiden der Unterernährung, nach chronischen Erkrankungen und ernsten Operationen sich so gar nicht erholen können und mit ihrer immerwährenden Müdigkeit und Mattigkeit sich selbst und ihrer Umgebung zur Last fallen! Demen hilft kein noch so gutgemeintes: Du mußt! — Ihnen hilft nur das rechte Stärkungsmittel, das neues Blut und dadurch frische Kraft schafft! Unter diesen in Betracht kommenden Stärkungsmitteln dieser Art genießt das von der Chemischen Fabrik Wöhrle & Co. in Pöchlarn-Saarlouis hergestellte, reichhaltig gefüllte Mittel Wöhrle nach dem Urteil vieler Ärzte einen besonderen Ruf! Ein Patient, Herr Georg Rupp, Assistenten in Saarbrücken schreibt: Nachdem ich fast alle anderen Mittel erfolglos versucht hatte, wurde ich auf Ihre Fabrik Wöhrle aufmerksam, das ich dann auch anwandte. Der Erfolg war sehr gut. Nach kaum einer Woche war schon eine bedeutende Besserung eingetreten, die dann weiter anhielt, bis ich mich ganz wieder Ihres Mittels bedienen konnte. — Wöhrle ist in allen Apotheken und besseren Drogeriegeschäften zu haben. Preis Mk. 40.— pro Flasche.

Mörder, die mich überzeugt hat, zur Anwendung bringe?“

„O, durchaus nicht,“ lautete die Antwort. „Zum Sie, was Sie wollen.“

Der verhaftete Storm-Nissen wurde nun hergeführt, und das Verhör nahm seinen Lauf. Der Richter verbrachte längere Zeit mit Feststellung der Lage in der Villa von den Mittagsstunden an bis zu den verhängnisvollen drei Schüssen. Die Frage, ob die Türen wirklich verschlossen und verriegelt waren, wurde gründlich durchgenommen, und es ergab sich, daß die Villa vollkommen sicher verschlossen gewesen war.

Als erster wurde der Bediente verhört. Er antwortete langsam und gemessen. Die Gäste des Herrn Doktor hatten er nicht gesehen, hatte überhaupt niemand gesehen, den man für den Mörder halten könnte, und auch nicht das geringste Verdächtige bemerkt. Er berichtete über sein Verhalten nach den Schüssen, hatte niemand in oder in der Nähe des Wördbüffens gesehen. Ob er den verhafteten Storm-Nissen schon einmal gesehen habe? Nein, er hatte den Mann noch nie zu sehen bekommen. Wußte er, daß der Doktor schon längere Zeit vor seinem Tode nervös und unruhig gewesen war? Ja. War der Grund ihm bekannt? Nein.

So ging es weiter, während Wallton voller Spannung zuhörte. Die Unwissenheit des Dieners fiel ihm von neuem auf. Seiner Ansicht nach war sie geradezu unauflöslich. Schließlich durfte Andersson abtreten, worauf die Aktion und das Hausmädchen einem kurzen, ergebnislosen Verhör unterworfen wurden. Dann kam Pauline an die Reihe.

Als die schlanke, blonde Gestalt im Trauerkleid erschien, ließ ein leises Summen durch den Saal, und auch der Untersuchungsrichter schlug unwillkürlich einen anderen Ton an, als er mit seinen Fragen begann. Mit klaren, trappen Worten berichtete sie über ihre Wahrnehmungen, und nur eine Minute lang geriet ihre Ruhe ins Wanken: das war, als sie das Benehmen ihres Vaters vor seiner Ermordung schilderte.

(Fortsetzung folgt.)

Die blaue Spur.

Detectivroman von Julius Klags.
Aus dem Schwedischen überetzt von G. v. Kraab.
Copyright 1917 by Grolhain & Co., G. m. b. H., Leipzig.

15. (Nachdruck verboten.)
Die nächsten Tage brachten nicht viel Neues. Walltons Zusammenkunft mit dem Doktor und seinem Unbekannten am 23. März und seine Folgen.

1. Ein über vierhundert Seiten langer Streifen Schreibpapier von zwei Zentimeter Breite mit einer unregelmäßigen blauen Bismarklinie. In einem Ende von diesem Streifen stand mit Bleistift geschrieben: „2. 1. 14 Hamburg.“
2. Pauline Jesselmanns Aussage über ein Telefonat zwischen dem Doktor und einem Unbekannten am 23. März und seine Folgen.
3. Ein feines feines Kopierpapier mit blauer Bismarklinie. Datum 26. 3.
4. Ein dto. mit Datum 30. 4.
5. Ein dto. mit Datum 20. 5.
6. Zeigenausgabe über ein großes Schreiben aus dem Auslande an den Doktor, eingetroffen zwischen 18. und 19. Mai, und über einen Versuch, diesen Brief zu verhindern.
7. Gekennzeichnete Freimärkte, höchst wahrscheinlich von diesem Schreiben kommend.
8. Zeigenausgabe über eine blaue Bismarklinie an der Gartenpforte am Morgen des 25. 5.
9. Zeigenausgabe über den Mord am Abend desselben Datums.
10. Mächtiges Schreiben eines Unbekannten in der Villa am 26. 5.
Als der Detectivreporter diese Aufzeichnungen durchlas, fand er, daß die seltsamen blauen Linien die schicksalsschwere Entwicklung der Ereignisse nicht nur geradezu bezeugten, sondern auch ihre Ursache auszumachen schienen. Ihm ahnte, daß die Lösung des Rätsels nicht mehr weit entfernt sein würde, wenn er nur das Geheimnis dieser Linien wüßte.

„Die blaue Spur!“ murmelte er. „Ich muß die blaue Spur verfolgen, sie wird mich früher oder später zu den unbekannten Mördern hinführen.“

„Was ist diese blaue Spur?“ sagte er zu Steno Weyler. „Wir müssen annehmen, daß es eine Art von Bismarklinie ist. Vermutlich ist es entweder eine Geheimensprache, und dann werden wir den Schlüssel bald haben, oder gewisse Tatsachen haben die Gestalt einer graphischen Kurve angenommen, und in dem Falle würde es darauf ankommen, das Prinzip dieser Kurve zu ergründen.“

„Nicht nie im Leben ist mir etwas Ähnliches wie diese blauen Linien vorgekommen“, bemerkte Steno mürrisch.
„Wer mir!“ rief Wallton ihm ins Wort. „In der populären Zeitschrift „Leben und Wissenschaft“ habe ich neulich einen Artikel gelesen, worin die menschliche Sprache in Kurven wiedergegeben wird, die diesen rätselhaften Linien aufs Haar gleichen.“

„Die menschliche Sprache!“ wiederholte Steno lachend.
„Ja“, fuhr Wallton lebhaft fort. „Man kann es sich denken. Doktor Jesselmanns wissenschaftliche Arbeiten können ihn darauf gebracht haben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Idee zur Uebersetzung geheimer Bismarklinien ausgenutzt worden ist.“

„Aber das klingt ja, als ob die Ermordung meines Onkels von einer wissenschaftlichen Konkurrenz oder so etwas herrührte!“ sagte Steno erregt.
Wallton zuckte die Achseln.
„Nicht in der wissenschaftlichen Welt kommen Diebstähle und andere Verbrechen vor“, entgegnete er. „Warum nicht auch Mord? Damit will ich übrigens nicht sagen, daß ich es in diesem Falle glaube.“

Nach jenem rätselhaften Vorkommnis in der Nacht zum 27. hatte Maurice Wallton sich ganz einfach in der Villa niedergelassen und drum gebeten, daß Weyler in der Bibliothek übernachten zu dürfen.

Die unausgesprochene Veranlassung dazu war, daß er den Bedienten zu überreden wünschte, denn er hatte den Verdacht, daß Andersson die Haus-tür für den Unbekannten offen gelassen habe. Unbereits galt es festzustellen, ob der Unbekannte seinen Zweck erreicht, ob er die Papiere an sich gebracht hatte.

Wallton würde viel drum gegeben haben, das zu wissen.
Am Abend des 27. machte die Polizei ihren vorausverkauften Gang. Die verhafteten den bekannten norwegischen Eindringling Storm-Nissen als des an Doktor Jesselmann begangenen Mordes verdächtig.

Dazu bemerkte der „Dagbladet“ am folgenden Tage:
„Es kann sein, daß die Behörde durch diese Verhaftung irgendeinen größeren Einbruchsdiebstahl Storm-Nissens verhindert hat. Doch abgesehen von der bereits erwähnten Tatsache, daß er gesehen worden ist, wie er in verdächtiger Weise in der Villenstadt Abdingung umherlief, und daß er ein kleiner hagerer Mensch ist, der bei seiner Festnahme mit Regenmantel und Sportmütze bekleidet war, läßt sich wenig gegen ihn vorbringen. Es ist gefährlich, sich derartig durch Zufälligkeiten irreleiten zu lassen.“

Kommissar Hedeborg hatte zuerst angenommen, daß es Storm-Nissen gewesen sei, der in der auf den Mord folgenden Nacht in die Villa eingedrungen war, aber über diesen Irrtum klarte Wallton ihn mit Wichtigkeit auf. Von dem mitternächtlichen Gast ließ er jedoch jede Spur, und was Storm-Nissen betraf, so leugnete er alles.

Die erste polizeiliche Untersuchung ergab allerdings unerwartete Dinge.
Wallton war zugegen, und ehe sie begann, trat der Kommissar auf ihn zu und sagte:
„Herr Wallton, Sie werden nicht als Zeuge aufgerufen werden, obwohl wir es sehr gut können, da Sie einige der ersten Beobachtungen am Tatort vorgenommen haben. Deshalb möchte ich anfragen, ob Sie etwas dagegen haben, daß ich Ihre Beweisaufnahme inbezug auf die Anzahl der

